

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU**Weiterentwicklung des bremischen Integrationskonzeptes**

Im Jahre 2000 wurde erstmalig die „Konzeption zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Lande Bremen“ (Integrationskonzept) von der Bremischen Bürgerschaft beschlossen. Aufgrund dieses Beschlusses stellte der Senat in den einzelnen Fachressorts Teilziele zu Schwerpunktbereichen und Aufgabenfeldern auf, die in den folgenden Legislaturperioden umgesetzt werden sollten. Ein halbjährliches Abfragen begleitete die Umsetzung, so dass regelmäßig über die verschiedenen Maßnahmen und Angebote und ihren Entwicklungsstand berichtet wurde. Dieses Konzept stellte zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung einen Meilenstein in der Integrationspolitik dar, und Bremen erhielt dafür hohe Anerkennung.

Nach nunmehr acht Jahren bedarf es jedoch einer Aktualisierung und Weiterentwicklung. Das Berichtsverfahren umfasste bisher noch keine qualitative Einschätzung der einzelnen Projekte, so dass zwar quantitative Aussagen über den Grad der Zielerreichung gemacht werden konnten, eine Bewertung hinsichtlich der Qualität des Erreichten jedoch noch nicht möglich war. Ebenso wenig konnten Feststellungen über strukturelle Veränderungen getroffen werden, die möglicherweise durch die Maßnahmen und Angebote bewirkt wurden.

In Anbetracht dieser Erfahrungen besteht die Notwendigkeit, für die Integrationskonzeption des Landes Bremen ein neues Leitbild zu entwickeln, das die Beiderseitigkeit einer erfolgreichen Integration ebenso in den Vordergrund rückt wie die Notwendigkeit, Integrationsarbeit und Integrationsleistungen qualitativ zu bewerten und an ihren tatsächlichen Ergebnissen zu messen. Dafür muss ein geeignetes Monitoring-Instrument entwickelt werden, das über die bloße Erfassung der Bemühungen hinausgeht. Der Ressourceneinsatz ist zu quantifizieren und die weitere Förderung unter anderem unter Beachtung von Fragen der Kosten-Nutzen-Analyse und der mittel- und langfristigen Wirkungen zu entscheiden. Stärker als bisher sind das nichtstaatliche Handeln und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen, kommunalen und freien Trägern in das Konzept einzubeziehen.

Eine wirksame Integrationskonzeption muss auch künftig mehr sein als ein Bekenntnis Bremens zur Integration; sie ist ein zielgerichtetes und praxisorientiertes Programm, dessen Erfolg sich daran misst, wie konkret es die Integration im Sinne der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft vorantreibt.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, unverzüglich für die laufende Legislaturperiode eine aktualisierte Konzeption zur Integration von Migrantinnen und Migranten im Lande Bremen zu entwickeln, die

- mit einem aufgrund der Erfahrungen des bisherigen Konzeptes neu formulierten Leitbild der Integration in Bremen ausgestattet ist,
- den Integrationsprozess als beiderseitigen Prozess anerkennt,
- Instrumente einschließt, die die Auswirkungen, die Qualität und den Ressourceneinsatz der Maßnahmen und Projekte misst und transparent macht,
- den finanziellen und personellen Ressourceneinsatz ins Verhältnis zu den erzielten Ergebnissen setzt,

- strukturelle Veränderungen aufzeigt, die durch die im Rahmen des Konzeptes durchgeführten Maßnahmen bewirkt werden,
- wissenschaftlich begleitet und praxisrelevant ausgewertet wird und auf dieser Grundlage die jeweiligen Bedarfe ermittelt und entsprechende Schwerpunkte setzt,
- Aufnahmekriterien für neue und innovative Projekte (auch Selbsthilfeprojekte) ohne institutionelle Anbindung benennt,
- zu Zielvereinbarungen und Selbstverpflichtungen im Sinne der interkulturellen Öffnung der Regeldienste ermutigt und diese überprüft,
- die Vernetzung der verschiedenen im Bereich der Integrationspolitik bestehenden Angebote, tätigen Akteure und beteiligten Ebenen fördert.

Dr. Zahra Mohammadzadeh,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wolfgang Grotheer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Michael Bartels,
Dr. Rita Mohr-Lüllmann und Fraktion der CDU